

Terminkalender

Bundestagsberatungen

23. bis 27. April, 7. bis 11. Mai, 21. bis 25. Mai

Tourismuspolitische Konferenz der Linksfraktion

27. April in Berlin

Mitgliederversammlung

der Linkspartei in Wismar
28. April, 9.30 bis 12.30

1. Mai in Warin

9.00 bis 13.00

Finnland-Reise mit Gesundheitsausschuss

2. bis 5. Mai

Facharztseminar

11./12. Mai in Schwerin

Soziale Sicherung – Fraktionsklausur

15. Mai in Berlin

3. Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft

25. Mai in Rostock

Internationale Konferenz zu HIV/AIDS

30./31. Mai in Berlin

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030.22770067
Fax: 030.22776076
martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüros
in Wismar, Rostock, Parchim, Lübz,
Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über
Lübsche Straße 97
23966 Wismar
Telefon: 03841.3265993
Fax: 03841.3265994

Jörg Möller
Mobil: 0171.3604460
martina.bunge@wk.bundestag.de

Rainer Raeschke
Mobil: 0172.3201859
martina.bunge@wk2.bundestag.de

Linkes Konzept für Kinderbetreuung

Zweimal zwölf Monate

Die Betreuung von Kleinstkindern macht Schlagzeilen. Auch die Linksfraktion hat dazu ein Konzept vorgelegt. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf eine flächendeckende kostenlose Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. Das Elterngeld soll 24 Monate gezahlt werden. Dabei hat jedes Elternteil einen individuellen, nicht übertragbaren Anspruch auf jeweils die Hälfte der Zeit. Eine Ausnahme würden die Alleinerziehenden bilden. Der Anspruch endet mit dem siebten Geburtstag des Kindes. Eltern sollen entscheiden können, in welcher Lebensphase sie diese Zeit nehmen wollen. Nach der

Auszeit muss die Rückkehr an den Arbeitsplatz gesichert sein. Das Elterngeld soll mindestens 450 Euro betragen. Uns geht es darum, dass Frauen und Männer Berufstätigkeit und Elternschaft vereinbaren können. Zugleich sehen wir in den Kindereinrichtungen wichtige Stätten für die Bildung und Erziehung der Jüngsten. Deshalb sollen Erzieherinnen und Erzieher, wie in anderen Ländern auch, künftig eine Hochschulausbildung erhalten. Wir haben auch einen tragfähigen und gerechten Finanzierungsvorschlag: Ein Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform würde jährlich acht Milliarden Euro bringen.

Weltweite Ächtung von Streumunition

In Deutschland anfangen

Streu- oder „Cluster Bomben“ bestehen aus mehreren Sprengsätzen in einer Bombe. Die Behälter öffnen sich noch in der Luft und verbreiten bis zu 200 kleine Bomben, kaum so groß wie Cola Dosen. Deren Füllung wiederum kann aus Splittergeschossen oder Minen bestehen. Mit einer Blindgängerquote von bis zu 40 Prozent sind die Streubomben Waffen, die hauptsächlich nach einem Krieg Menschen töten oder verstümmeln. Die meisten Opfer dieser Blindgänger sind keine Militärpersonen. Im Februar ging von einer internationalen Konferenz

auf Regierungsebene die Initiative für ein Verbot von Streumunition aus, der sich auch die Bundesrepublik anschloss. Die Linksfraktion forderte die Bundesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen: Der Einsatz von Streumunition durch die Bundeswehr muss kategorisch ausgeschlossen und der Bestand an Streumitteln komplett zerstört werden. Darüber hinaus müssen die derzeitigen Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr für neue Streumunitionstypen und Verlegesysteme gestoppt werden.



April/Mai 2007

Reform mit Risiken und Nebenwirkungen · Landunter und keine Chance? · Kinderbetreuung: zweimal zwölf · Ächtung von Streubomben: in Deutschland anfangen

klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

Auf ein Wort

Eine andere Welt ist möglich

Der 2. Juni ist in meinem Kalender belegt. An diesem Tag findet in Rostock eine Demonstration zum G8-Gipfel statt. Bis zu 100.000 Menschen aus aller Welt werden erwartet. In den Medien ist vorwiegend von „Chaoten“ die Rede, wenig hingegen von den Leuten aus Gewerkschaften, attac, Friedensgruppen, Umweltverbänden, Dritte-Welt-Initiativen, Kirchen, der Frauenbewegung. Sie wollen ein Gegengewicht zu dem elitären Kreis darstellen, der sich Jahr für Jahr versammelt, dieses Mal in Heiligendamm. Hinter einem 2,50 Meter hohen Zaun werden sich die Staats- und Regierungschefs (und eine Chefin, Angela Merkel) aus den reichsten In-

dustriationen und Russland verschanzen. Sie geben vor, dass es ihnen um die Lösung der großen Probleme der Welt geht. Dabei gehören sie zu deren wesentlichen Verursachern. Sie sind nicht im Stande, die Armut zu überwinden, sie beteiligen sich an Kriegen (oder lösen sie aus) und handeln in punkto Klimakatastrophe inkonsequent. Ohne demokratisch legitimiert zu sein, benimmt sich die Runde der G8 wie eine Weltregierung und setzt sich über die Bedürfnisse eines großen Teils der Weltbevölkerung (fast 87 Prozent) hinweg. Da ist es recht und billig, wenn Kritikerinnen und Kritiker der G8-Politik sich mit ihren Vorschlägen zu Wort melden. Ich erwarte, dass

dafür die Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört die Bereitstellung von Quartieren und Veranstaltungsorten. Das ist einerseits Sache des Landes und der Kommunen. Die Polizei darf hier nicht bremsen. Andererseits sehe ich, was die Finanzen angeht, den Bund in der Pflicht. Wie ich werden viele Mitglieder meiner Partei bei verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen rund um den G8-Gipfel dabei sein. Als Teil der globalisierungskritischen Bewegung meinen wir: Eine andere Welt ist möglich.

Dr. Martina Bunge ist Mitglied der Linksfraktion im Bundestag und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

Auf den Punkt

„Sie tragen dazu bei, dass der Politiker in diesem Land inzwischen den Ruf eines Trickbetrügers hat.“

Klaus Ernst, Fraktion DIE LINKE, am 9. März während der Rentendebatte im Bundestag

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

... fragen Sie Union und SPD

Auch wenn ihre Umsetzung mit dem 1. April beginnt – die Gesundheitsreform ist alles andere als ein Spaß. Das werden vor allem alte Menschen, chronisch Kranke, überhaupt alle Pflichtversicherten feststellen müssen.

Die Reform ist unsozial und gefährdet Teile der Gesundheitsversorgung. Der vorgegebene Anspruch – die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu sichern – wird nicht realisiert. Die Private Krankenversicherung bleibt unangetastet. Einkommen aus Kapitalanlagen oder Mieteinnahmen werden weiterhin nicht berücksichtigt. Die Beitragsbemessungsgrenze wurde ebenfalls nicht angerührt. Fehlanzeige also, was die Einbeziehung hoher und sehr hoher Einkommen angeht.

Es gibt aber auch einige positive Neuerungen: Reha-Maßnahmen, Sterbebegleitung, Mutter-Vater-Kind-Kuren und empfohlene Schutzimpfungen zahlen künftig die Kassen. Häusliche Krankenpflege wird auch in neuen Wohnformen und in Heimen übernommen. Das ist gut. Schlecht ist, dass diese Leistungen vor allem von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen finanziert werden.

Zu den Belastungen:

Wie bei der Autoversicherung wird es „**Kasko-Tarife**“ ge-

ben. „Teilkasko“ für Gesunde, die dadurch sparen (und sich möglicherweise krank sparen). „Vollkasko“ für Kranke. Das Geld der Gesunden fehlt der Kasse, die es sich von den Kranken wieder holt. Mit dem geplanten **Gesundheitsfonds** fließen alle Gelder in einen Topf, woraus die Kassen eine gleich hohe Pauschale pro Versichertem erhalten sollen. Kassen mit vielen Älteren und chronisch Kranken werden damit nicht auskommen und sind dann verpflichtet, einen **Zusatzbeitrag** zu erheben: Entweder sie kassieren von allen einen prozentualen Betrag vom Bruttoeinkommen (zunächst auf ein Prozent begrenzt) oder aber einen Festbetrag. Bis zu acht Euro können ohne Prüfung der Einkommensverhältnisse verlangt werden. Das heißt, bei den Ärmsten der Armen wird besonders zugelangt. Arbeitgeber bleiben hier ganz draußen. Damit ist die paritätische Finanzierung endgültig ausgehebelt.

Es wird das so genannte **„Selbstverschuldensprinzip“** eingeführt. Wenn nach Piercings, Tattoos oder Schönheitsoperationen Behandlungen notwendig werden, sollen Betroffene selbst zahlen. Das mag mancher für gerechtfertigt halten. Doch so ein Prinzip kann rasch weiter ausgelegt werden. Es ist eine Frage der

Zeit, wann beispielsweise der Gefäßumfang für die Beitragshöhe oder Zuzahlungen herangezogen wird. Nach einem Unfall könnte die erste Frage des Notarztes lauten: „Hatten Sie Vorfahrt?“ Über die **Steuern** will die Bundesregierung mehr Geld in die Krankenversicherung stecken. Tatsächlich verringert sie trotz guter Steuerprognosen erst einmal die Bezuschussung.

Wer die Teilnahme an Maßnahmen der **Früherkennung**, zum Beispiel Brust- und Prostatakrebsuntersuchungen, nicht nachweisen kann, wird im Falle einer Krebserkrankung von der Chronikerregelung ausgeschlossen und quasi mit der **doppelten Zahlung** bestraft.

Auch dem **Ärztemangel** vor allem in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands wird unzulänglich begegnet. Allein mit Zuschlägen wird das Problem nicht zu bewältigen sein. Erforderlich ist die rasche Angleichung der Vergütung. Die Fraktion DIE LINKE hat im Bundestag gegen dieses unsoziale Gesundheitsreformpaket gestimmt. Wir setzen für die Finanzierung der Krankenkassen und für eine umfassende gesundheitliche Versorgung aller Menschen auf eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung – **von allen für alle**.

Klimabericht mit düsteren Aussichten

Kaum Zeit zur Umkehr

Land unter für unsere Inseln? Wismar und Rostock als Konkurrenz zu Venedig? Ein Klimawandel mit dramatischen Folgen ist im Gange. 20 Jahre, sagt die Wissenschaft, seien höchstens noch Zeit, um das Schlimmste zu verhindern.

Klima-Killer Nummer 1 ist das Kohlendioxid CO₂. Dieses Treibhausgas entsteht vor allem bei der Verbrennung fossiler Stoffe (Kohle, Öl und Gas) – bei der Strom- und Wärmeproduktion, beim Autofahren und Fliegen. An vorderer Stelle muss die Einsparung von Energie stehen: bei der Industrieproduktion, bei der Wärmedämmung von Bauten, bei der Glühbirne ... Ebenso wichtig ist die Art der Energieproduktion. Werden dafür Kohle, Öl oder Gas verbrannt oder entsteht sie durch Nutzung von Windkraft, Sonne, Biomasse oder Biogas? In Mecklenburg-Vorpommern werden 34 Prozent des Stroms aus diesen Quellen erzeugt. Daran hat mein früherer Ministerkollege Wolfgang Methling einen großen Anteil. Inzwischen brüstet sich damit der neue CDU-Wirtschaftsminister. Zugleich forciert er den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerkes in Lubmin.

Natürlich muss es auch um die Autos gehen. Bisher konnte die Industrie eine deutliche Reduzierung des

Benzinverbrauchs hintertreiben. Ein Tempolimit ist nicht in Sicht. Vor allem über eine Reform der Kfz-Steuer wird geredet. Sie soll den Anreiz für den Kauf von verbrauchsarmen Fahrzeugen erhöhen. Sie darf jedoch nicht diejenigen belasten, die sich kein neues Auto leisten können und tagtäglich darauf angewiesen sind. Der beste Klimaschutz ist und bleibt, möglichst wenig mit dem Kraftfahrzeug zu fahren. Das setzt voraus, die Angebote im öffentlichen Verkehr deutlich zu verbessern und den Lastentransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Schließlich sind da die Flugzeuge mit ihrem enormen Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen. Aus allen Parteien hört man jetzt die Aufforderung, möglichst auf Flugreisen zu verzichten. Schön, dass damit der Rat einhergeht, stattdessen an die Ostsee zu fahren. Seitdem nur: Alle Parteien, die es gekonnt hätten, haben bisher darauf verzichtet, eine Steuer auf den Flugtreibstoff Kerosin durchzusetzen. Eine Forderung, die die PDS schon seit den 90er Jahren vertritt. Wenig ist auch die Rede davon, welch ungeheuren Energieaufwand das Militär hat – von der materialintensiven Produktion bis zum Einsatz von Panzern und Flugzeugen.

Drucksache

Altersteilzeit.

Die Regelung für Altersteilzeit muss fortentwickelt und so ein flexibler Einstieg in den Rentenstand gesichert werden. Menschen mit 40 Versicherungsjahren sollen jederzeit ohne Abschläge in Rente gehen können.

Antrag, DS 16/4552

Tornado-Einsatz.

Der Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan stellt eine neue Qualität des militärischen Engagements dar. Er ist sowohl aus rechtlichen wie politischen Gründen abzulehnen.

Antrag, DS 16/4047

BaföG-Anhebung.

Die Leistungen für Studierende müssen ausgebaut und die Bedarfssätze und Freibeträge deutlich erhöht werden. Die Bundesregierung möchte dagegen das sechste Jahr in Folge auf eine Erhöhung verzichten.

Antrag, DS 16/4157

Rechtsextreme Straftaten.

Seit Anfang der 90er Jahre fragt die Linksfraktion die Bundesregierung monatlich nach rechtsextremen Straftaten. Für Opfergruppen, Medien, Wissenschaftler und auch für jüdische Organisationen bieten die Statistiken eine wichtige Orientierung.

Kleine Anfrage, DS 16/4398